

# Preise runter Löhne rauf!

Gegen Spende  
Herbst – Winter 2022

## Aktionszeitung gegen Preissteigerungen

# PREISE EINFRIEREN, NICHT UNSERE WOHNUNGEN

Erst plante die Regierung, Millionen Mieter\*innen und Zehntausende Selbstständige ungebremst Gaspreisen auszusetzen, die bis zu zehnfach so hoch gewesen wären wie zuvor und wollte die „Gas-Umlage“ noch oben drauf packen, eine Steuer für reiche Konzerne. Als sie merkte, dass eine riesige Pleitewelle die politische Stabilität und die Profite bedrohen würde, zog sie in Panik die „Gaspreisbremse“. Diese ändert nichts daran, dass die Kosten der von Politik und Konzernen geschaffenen Krise der Masse der arbeitenden Menschen und den Armen aufgebürdet werden.

Von Claus Ludwig

Der Preisdeckel auf Gas wird erst zum Ende der Heizperiode, ab März 2023, eingeführt. Bis dahin soll einmalig die Gasrechnung für Dezember 2022 übernommen werden. Mindestens vier Monate, Oktober, November, Januar, Februar, bezahlen wir die absurd hohen Gaspreise ungebremst. Oft summiert sich das auf mehrere

Hundert Euro zusätzliche Kosten, für viele Menschen geht dieser Winter an die Substanz. Beispiel: Bei einem 2-Personen-Haushalt in Köln (Versorger: RheinEnergie) entstehen in diesen vier Monaten zusammen 350-500 Euro Mehrkosten im Vergleich zu den Monaten vor Oktober 2022.

Die Deckelung des Preises von 80% des Verbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde bedeutet, dass die Besitzer\*innen riesiger Häuser und Wohnungen große Summen aus Steuergeldern bekommen. „Durch das Modell wird eine Zweizimmerwohnung genauso behandelt wie eine Villa mit Pool.“, so Frank Werneke, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di. Diese Subvention für Großverbraucher ist



nicht nur asozial, sondern auch irrwitzig klimaschädlich. Wer ballert, bekommt mehr Hilfen. Wer bisher sparsam war und bescheiden lebt, bekommt weniger. Hätte die Regierung die Menschen mit geringen Einkom-

men unterstützen wollen, hätte der Preis für den Grundverbrauch an Kilowattstunden pro Person oder Haushalt gedeckelt werden müssen.

Weiter auf Seite 2 >>>

**SAV**  
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE  
sozialismus.info

www.sozialismus.info  
sozialismus.info  
@savonline  
sozialismus.info  
t.me/  
SozialistischeAlternative  
info@sozialismus.info

### INHALT:

Die Übergewinner von Krise  
und Krieg (Seite 3-4)

Die Kämpfe um niedrigere  
Preise und höhere Löhne ge-  
hören zusammen (Seite 4)

Klima, Krieg, Kapitalismus: Es  
wird heiß (Seite 7)

<<< Fortsetzung von Seite 1

### Guter Deal für Villen mit Pools

Die reichsten 10% der deutschen Haushalte verbrauchen genauso viel Energie wie die ärmsten 40%, jeweils 23%. Die Regierung könnte den Hebel zur Senkung des Verbrauchs und der Kosten ansetzen – wenn sie es denn wollte. Doch die Politiker\*innen der etablierten Parteien sind eng verbandelt mit der Klasse der Besitzenden, begreifen Konzernchefs und reiche Erb\*innen, Spitzenbürokrat\*innen und Lobbyist\*innen als das wahre „Volk“. Sie lassen uns die Extra-Profitte der Energiekonzerne bezahlen und sorgen dafür, dass sie selbst und ihresgleichen fein raus sind.

Während die Bremse für Privathaushalte erst im März greift, soll der Gaspreis für Betriebe bereits ab Januar 2023 auf 7 Cent pro Kilowattstunde begrenzt werden, bezahlt von uns allen. Die Regierung nennt die 200 Milliarden ein „Sondervermögen“, faktisch handelt es sich jedoch um Schulden. Der Staat nimmt Kredite bei Banken auf, die Steuerzahlenden begleichen diese, samt Zinsen. Wir bezahlen damit ein umfassendes Programm zur Subventionierung der Konzerne und der Reichen mit dem Verzicht auf notwendige öffentliche Investitionen in Klimawandel, Bildung, Pflege und mit kommenden Sozialkürzungen.

Gas ist nicht alles, wir erleben insgesamt eine fette Inflation. Jeder Gang zu Aldi und Lidl bringt die deprimierende Erkenntnis, dass man für 40 Euro oft nur noch den Boden des Einkaufswagens bedeckt. Bei den Dienstleistungen kommen die Erhöhungen erst noch. Wie hoch die Abschlüsse für Strom noch werden, wissen wir nicht. Die Mieten steigen weiter.

### Demonstrieren, streiken, organisieren

Keine der etablierten Parteien ist gewillt, die Masse der Bevölkerung zu entlasten. Ob Einfach- oder „Doppelwumms“, der Großteil der staatlichen Hilfgelder wandert auf die Konten der Konzerne und der Wohlhaben-

den. Die Regierung hält an ihrem 100-Milliarden-Aufrüstungspaket fest und beschenkt damit die Aktionär\*innen der Rüstungsindustrie zusätzlich. Wir müssen unsere Entlastung selbst in die Hand nehmen – indem wir für niedrigere Preise und höhere Löhne kämpfen – mit Demonstrationen auf der Straßen, mit gewerkschaftlichen Streiks und indem wir uns organisieren, in Städten und Stadtteilen und dauerhaft Druck ausüben, letztlich, indem wir eine Alternative zum kapitalistischen System der Krisen aufbauen.

---

CLAUS LUDWIG IST AKTIV IM KÖLNER BÜNDNIS „GENUG IST GENUG – DIE PREISE MÜSSEN RUNTER“

## Taschenrechner-Check:

# Der Deckel passt nicht

Nach bisherigen Angaben soll der Deckel bei 12 Cent pro Kilowattstunde liegen. Vor der Krise kostete eine Kilowattstunde bei den meisten lokalen Versorgern rund 8 Cent. Für einen Ein-Personen-Haushalt mit einem Verbrauch von 10.000 kWh im Jahr würde der Preis für die ersten 8000 kWh von 640 auf 960 Euro pro Jahr steigen.

Bei vielen lokalen Grundversorgern liegt der „Marktpreis“, den man für die nicht-gedeckelten 20% zahlen muss, zwischen 14 und 18 Cent. Der durchschnittliche Preis pro Kilowattstunde bei Neuverträgen lag allerdings am 11. Oktober bei 24 Cent und am 31. August bei 40 Cent.

Rechnen wir ganz zurückhaltend 20 Cent, dann würden die nicht-gedeckelten 20% bei einem Verbrauch von 10.000 kWh (1-Personen-Haushalt mit 50-60 m<sup>2</sup>) 400 Euro im Jahr kosten, zusammen mit den gedeckelten 80% (960 Euro) wären das 1360 Euro, im Vergleich zu rund 800 Euro vorher (10.000 kWh mal 8 Cent). Das ist die Rechnung für einen 1-Personen-Haushalt, für Familien wären es 1000-2000 Euro im Jahr – trotz groß angekündigter „Bremse“.

Die Appelle zum Sparen sind zudem ... Bullshit. Die in Köln ansässige RheinEnergie geht davon aus, dass durch die Absenkung der Raumtem-

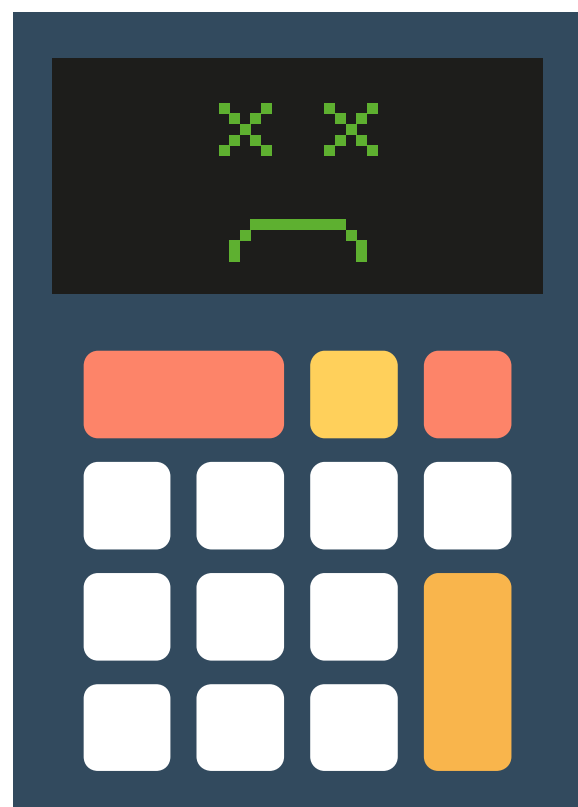
peratur um 1 Grad rund 6% der Gaskosten eingespart werden können. Folgt man zusätzlich den arroganten Tipps von wohlhabenden Politiker\*innen, das Duschen einzuschränken, landet man möglicherweise bei 10% Einsparung.

Doch die bei 80% angesetzte Bremse sorgt dafür, dass sämtliche Sparbemühungen finanziell verpuffen. Am Beispiel eines 1-Personen-Haushalts: Spart man 1000 Kilowattstunden ein, bezahlt man die durch Spekulation und Super-Profitte eskalierten „Marktpreise“ zwar nicht für 2000 Kilowattstunden, aber für 1800 kWh und friert und müffelt somit für eine Ersparnis von 160 Euro pro Jahr (bei 1200 Euro Gesamtkosten im Vergleich zu 1360 Euro).

Ein an der realen Belastung orientierter Kostendeckel pro Person würde hingegen eine echte Entlastung für die Masse der Gering- und Normalverdiener\*innen bedeuten und nur die Reichen stärker belasten. Unser Vorschlag: Den Bezug von 10.000 kWh pro Person im Haushalt zum Preis von 2021 (ca. 8 Cent) garantieren.

### Das kann doch nicht wahr sein ...?

Viele Menschen haben noch keine Rechnungen oder Abschlagszahlungen bekommen. Einige glauben, es



würde schon nicht so fies werden, weil die Regierung sagte, sie würde helfen. Tatsache ist: Unsere Beispielrechnungen sind vorsichtig und beziehen sich auf regionale Grundversorger mit langfristiger Einkaufspolitik. Viele Mieter\*innen, v.a. Kunden bisher günstiger kleiner Energieversorger

bekommen ganz andere Rechnungen, einige mit einer Versechs- oder Verachtfachung des Gaspreises, sollen über 500 Euro pro Monat bezahlen. Es wird fies ...

### IMPRESSUM:

Aktionszeitung der Sozialistischen Alternative (SAV)

**Erscheinungsweise:** Einmalig

**Druck:** megadruck.de

**Herausgeber:** Sozialistische Demokratie e.V.

c/o Kanzlei Pigors | Große Brunnenstraße 139 | 22763 Hamburg

**Preis:** Spende

**Konto:** Sozialistische Demokratie e.V.

IBAN: DE60 4306 0967 1024 9547 00 (GLS Bank)

**Tel.:** 0176 / 57 999 173

**E-Mail:** redaktion@sozialismus.info

**Redaktion:** Paulina Backs, Douglas Bischke, Conny Dahmen, Marcus Hesse, Claus Ludwig, Ianka Pigors, Sebastian Rave, Ben Wallach, Thies Wilkening

**Redaktionsschluss:** 12.10.2022

# Die Übergewinner

## von Krise und Krieg

Während wir die Wollsocken anziehen und nicht wissen, wie es weitergeht, sprudeln die Profite der größten Energiekonzerne ins Unermessliche. Welche Konzerne an Krieg und Krise gewinnen und wieso der Fehler im System liegt und nicht allein am Ukraine-Krieg.

Von Linda Fischer, Hamburg

„Die Hauptursache für die steigenden Energiekosten ist der Ukraine-Krieg“. Ein Satz, mit dem jeder Zeitungsartikel beginnt, der die Entstehung der hohen Gaspreise zum Thema hat. Ein Satz, der uns unmissverständlich klar machen soll: Wir sind machtlos. Niemand hat Einfluss auf die Preise. Wer gegen den Angriffskrieg von Russland ist, der muss Opfer bringen. Das ist schlicht falsch.

Die großen Energiekonzerne haben keine grundsätzlich gestiegenen Kosten bei Herstellung und Transport von Gas, weil Russland die Ukraine angegriffen hat. Auf einem auf Profitmaximierung basierenden Energiemarkt haben sie jedoch die Möglichkeit, massive Extraprofite zu scheffeln, vor allem weil das Gasangebot auf dem Weltmarkt durch das Zurückdrängen von russischen Energiekonzernen knapper wird. Eine überschaubare Anzahl von multinationalen Großkonzernen bestimmt den Gas- und Ölmarkt und damit die Preise. Viele von Ihnen sind Gewinner des Krieges mit Rekordprofiten, für die wir zahlen sollen. Die fossile Energieindustrie wird 2022 voraussichtlich insgesamt 1000 Milliarden Dollar Extragewinne (insgesamt ca. 2000 Milliarden Dollar) machen, im Vergleich zu den durchschnittlichen Gewinnen in den Jahren davor. 95% des in Deutschland eingespeisten Erdgases wird importiert. Bisher hatte Russland einen großen Teil davon geliefert, nun profitieren andere.



Der weltweit größte Erdölkonzern aus Saudi Arabien erzielte Gewinne in Höhe von 48,4 Milliarden Dollar im zweiten Quartal. Verglichen mit 25,5 Milliarden im gleichen Zeitraum 2021 ist das fast eine Verdopplung der Gewinne.



Im zweiten Quartal 2022 machte ExxonMobil einen Nettogewinn von 17,9 Milliarden Dollar, der höchste Quartalsgewinn, den der Konzern jemals erzielt hat. Die Gewinne sind im Vergleich zu 2021 um 282% gestiegen. Bei Chevron stieg der Gewinn von 3,1 im zweiten Quartal 2021 auf 11,6 Milliarden Dollar.



Das norwegische Staatsunternehmen gab ebenfalls einen Rekordgewinn für das zweite Quartal bekannt: 17,6 Milliarden Dollar. Von Januar bis März verkaufte das Unternehmen Gas für knapp 26 Milliarden Euro an den Rest Europas – ein Umsatz fünfmal so hoch wie vor Krieg und Corona. Norwegen löst Russland als größten Gas-Lieferanten der EU ab.



Shell konnte seine Profite mehr als verdoppeln: 11,5 Milliarden Dollar Gewinn für das zweite Quartal, ebenfalls eine Rekordzahl. BP erwirtschaftete im gleichen Zeitraum 8,5 Milliarden, dreimal so viel Gewinn wie 2021.



Mit 9,8 Milliarden Euro Gewinn im zweiten Quartal 2022 erhöhte der französische Konzern seine Gewinne um das 2,8-fache im Vergleich zu 2021. Die nächste riesige Investition in das weltweit größte Flüssigerdgas-Feld in der Erbmonarchie Katar ist bereits beschlossen.

### Und Deutschland?

Auch in Deutschland geht es den vier marktbestimmenden Energieriesen (E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall) gut. E.ON und RWE meldeten beide mehr als zwei Milliarden Euro Gewinn für das erste Halbjahr 2022, Vattenfall knapp eine Milliarde Euro, EnBW 673 Millionen. Die Analyst\*innen von Statista gehen davon aus, dass die Umsätze des deutschen Energieversorgungssektors bis 2027 gegenüber 2019 um über 300 Milliarden Euro zulegen werden – ein Wachstum von rund 49%.

### Eine tickende Zeitbombe

Die kapitalistischen Regierungen befeuern diesen Wahnsinn weltweit massiv. Laut Daten von OECD und IEA hat sich die staatliche Förderung fossiler Energieträger 2021 fast verdoppelt: Insgesamt 697,2 Milliarden Dollar gegenüber 362,4 Milliarden im Jahr 2020.

## DAS PROGRAMM DER SAV GEGEN DIE ENERGIEKRISE:

- › Preise runter, Löhne rauf: Preise einfrieren – nicht unsere Wohnungen
- › Alle Energiekonzerne enteignen und in öffentliches Eigentum überführen – Versorgung der Bevölkerung und Klimawende demokratisch planen
- › Verbot von Gas- und Stromsperrern sowie Zwangsräumungen
- › Inflation? Streik! Wir brauchen 15% höhere Löhne und Einkommen
- › Solidarität mit den Kolleg\*innen, die für höhere Löhne kämpfen
- › Indexlohn: Automatische Anpassung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen an die Preissteigerung
- › Bezahlbare Mobilität für alle – 9-Euro-Ticket wieder einführen, Sitzplätze für alle, öffentlichen Verkehr massiv ausbauen
- › Keine Abhängigkeit von Fracking-Gas, kein zurück zu Kohle und Atomkraft
- › Finanzierung der Energie-Mehrkosten aus den Gewinnen der Konzerne, die durch Krieg und Krise profitieren – Steuern rauf für Konzerne und Reiche, Steueroasen trockenlegen
- › Gegen Klimakatastrophe, Kriege und Umverteilung zugunsten der Reichen, gegen das System von Profiten und Konkurrenz – Überführung der Konzerne und Banken in öffentliches Eigentum, demokratische Planung der Produktion im Interesse der Mehrheit der Menschen

# ALLE ENERGIEKONZERNE IN ÖFFENTLICHES EIGENTUM

Von Georg Kümmel, Köln

Wer kassiert eigentlich das zusätzliche Geld, das wir für Strom, Gas und Sprit zahlen? Aus Russland kommt kein Gas mehr, keine Kohle und nur noch 12% des Ölverbrauchs in Deutschland. Da Öl nur ein Drittel des Primärenergieverbrauchs in Deutschland ausmacht, folgt daraus: 96% des gesamten Energiebedarfs wird durch Energiekonzerne aus Deutschland oder aus „westlichen“ oder arabischen Ländern gedeckt. Das heißt auch, 96% der Mondpreise für Energie werden von diesen Konzernen kassiert. Dabei sind die eigentlichen Produktionskosten nicht oder nur sehr begrenzt gestiegen.

## Wie sollen wir an die Gewinne der Konzerne kommen?

Am besten wäre es offensichtlich, wenn wir unser Geld behalten könnten. Ist es erst auf den Konten der Konzerne gelandet, wird es schwierig. Der Staat müsste die Energiepreise entsprechend der tatsächlichen Produktionskosten deckeln. Ein 200-Milliarden-Paket wäre dann überflüssig. Das Geld könnte stattdessen für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien verwendet werden.

## Aber die Energiekonzerne werden sich weigern, Energie zu staatlich begrenzten Preisen zu liefern?

Deshalb müssen sie in öffentliches Eigentum überführt werden. In einem staatlichen Konzern kann der Staat die Preise entsprechend der Produktionskosten deckeln.

## Verstaatlichen – geht das überhaupt?

Dass das geht, haben wir gerade bei UNIPER erlebt. Wenn Konzerne, die aktuell Verluste machen, verstaatlicht

werden können, warum dann nicht auch die Konzerne, die auf Kosten der Allgemeinheit märchenhafte Gewinne machen?

## Die Entschädigungszahlungen bei einer Enteignung wären gigantisch?

Bei UNIPER wurden die Verluste des Konzerns vom Staat übernommen. Begründet wurde das mit einer Notlage. Warum soll die allgemeine Notlage es nicht rechtfertigen, dass der Staat auch die Krisen-Profiteure übernimmt? Eine Entschädigung müsste höchstens an Kleinanleger\*innen bezahlt werden.

## Wie soll die Regierung ausländische Energiekonzerne übernehmen?

Angeblich ganz schwierig, doch die deutsche Regierung hat Tochterunternehmen von Gazprom und anderer russischer Konzerne enteignet. Nie-

derlassungen und Produktionsstätten ausländischer Konzerne in Deutschland können durchaus übernommen werden. Zudem sollte der Kampf für die Vergesellschaftung auch international geführt werden, denn überall ächzt die breite Masse unter den hohen Energiepreisen.

## Ein Teil der Energiekonzerne ist doch öffentlich, macht aber dieselbe Politik?

Ein Konzern im öffentlichen Besitz verschafft der Gesellschaft zwar im Prinzip leichtere Einwirkungsmöglichkeiten, doch Konzerne wie Vattenfall und EnBW, deren Aktien vollständig oder überwiegend öffentlichen Anteilseignern gehören – Vattenfall gehört zu 100% dem schwedischen Staat, EnBW dem Land Baden-Württemberg, agieren auf der Basis der kapitalistischen Profitlogik. Deshalb müssen die enteigneten Konzerne demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Ihre Übernahme sollte dazu dienen, die gesamte Energieversorgung im Interesse der Verbraucher\*innen und zur klimagerechten Umgestaltung demokratisch zu planen, muss ein Schritt zur Überwindung des kapitalistischen Systems insgesamt sein.

# SOZIALISMUS?! DER KAPITALISMUS IST ZU SCHLECHT FÜR DEN MENSCHEN

**Gierige Konzernchefs, gekaufte oder durchgeknallte Politiker\*innen und Regierungen sind mitverantwortlich, aber nicht die Ursache für die Krise, die Klimakatastrophe, Armut, Krieg und Unterdrückung. Nicht die angeblich "zu schlechte Menschheit", sondern der Kapitalismus trägt Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung in seiner DNA.**

Kapitalismus basiert auf der Ausbeutung der großen Mehrheit durch eine verschwindend kleine Minderheit – den Kapitaleigner\*innen bzw. Kapitalist\*innen - mit dem Zweck größtmöglicher Profitmaximierung für die Minderheit. Eine Kernaufgabe von Staat, Gesetzen und Polizei ist es, die Herrschaft der Minderheit zu sichern. Unternehmen und Länder produzieren in Konkurrenz zueinander, im Kampf um Vorherrschaft, Marktanteile und Profite.

Ein System, das auf Privateigentum und Profitmaximierung aufbaut, das unterdrückerische Spaltungen wie Sexismus und Rassismus braucht, um

die Herrschaft der Minderheit zu sichern, kann nicht fähig sein die drängenden Probleme zu lösen, es schafft und verstärkt sie.

Eine sozialistische Gesellschaft würde auf dem gesellschaftlichen Eigentum von Rohstoffen, Großbetrieben, Fabriken, Kapital, Maschinen etc. aufbauen. Die Bevölkerung demokratisch darüber entscheiden, was und wie produziert wird, nicht eine privilegierte Bürokratie wie in der DDR. Die Grundlage wäre geschaffen, um gemeinsam in der Nachbarschaft, in den Betrieben, Schulen und Unis, im Staat und international zu überlegen, was Menschen und Umwelt brauchen

und nicht, was am meisten Profit für wenige abwirft.

Der technische Fortschritt und der riesige gesellschaftliche Reichtum könnte genutzt werden, um das Leben aller Menschen zu erleichtern: weniger arbeiten für alle statt Megastress für einige. Wir würden sofort die Klimawende umsetzen, überlegen, welche energieintensiven Arbeiten nicht notwendig sind (Rüstung, Werbung etc.) und wie wir das Know How der Beschäftigten und die Maschinen in diesen Bereichen für Besseres nutzen können. Kriege um Machtinteressen, Rohstoffe und Marktanteile, würden der Vergangenheit angehören.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Herrschenden ihre Privilegien nie freiwillig aufgeben. Demos, Proteste, Streiks sind wichtig, um Druck zu machen. Um diese Gesellschaft grundlegend zu verändern, brauchen

wir allerdings eine Revolution und das weltweit. Erfolgreich kann diese nur werden, wenn wir uns organisieren.

Die ISA (International Socialist Alternative) ist in über 30 Ländern vertreten und baut international eine revolutionäre, sozialistische Kraft auf: Mach mit.



**ISA**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE

Die ISA ist Teil der International Socialist Alternative (ISA). Unsere Alternative weltweit: Eine sozialistische Gesellschaft, in der nicht mehr nach Profit produziert wird, sondern demokratisch geplant nach den Bedürfnissen von Mensch und Natur.

→ [www.international-socialist.net](http://www.international-socialist.net)



# Niedrigere Preise, höhere Löhne: Ein Kampf

Die Aufgabe, vor der die Bewegung gegen Teuerung steht, ist groß: Die hohen Preise sind das Ergebnis eines ganzen Gesellschaftssystems, das in der Krise steckt. Es wird nicht ausreichen, ein paar Demonstrationen zu organisieren. Eine Bewegung gegen Teuerung muss durchsetzungsfähig sein.

Von Sebastian Rave, Bremen

Dafür ist der erste notwendige Schritt, mehr Menschen einzubinden. Lokale Bündnisstrukturen müssen aufgebaut und in Stadtteilen verankert werden. Dabei können regelmäßige lokale Kundgebungen und Demonstrationen helfen. Plakate und Flugblätter sind für die Mobilisierung ein Mittel, aber auch regelmäßige Infostände mit Listen, in die man sich eintragen kann, wenn man aktiv werden kann, sind wichtig. Neben solchen praktischen Fragen muss es in den Bündnissen aber auch Raum geben für politische Diskussionen: Wie ist das Programm der Bundesregierung zu bewerten? Wie geht man mit Versuchen von Rechts um, die Proteste zu besetzen? Wie stellt man sich zu den Tarifrunden der Gewerkschaften?

## Druck durch Streiks

Letztere Frage ist besonders wichtig. In den Tarifrunden Metall-Elektro und im öffentlichen Dienst steckt Sprengstoff. Die Beschäftigten sind wegen der Teuerung auf deutlich

mehr Geld angewiesen, während die Arbeitgeber\*innen mauern und auf die schlechte Konjunktur verweisen. Bei den anstehenden großen Streiks sollten sich die lokalen Bündnisse gegen Preiserhöhungen mit den Lohnforderungen solidarisch zeigen, aber auch einfordern, dass die Gewerkschaften über den Tarifrunden-Tellerrand hinausblicken. IG Metall und ver.di müssen sich koordinieren und möglichst gemeinsam streiken.

Der Kampf um höhere Löhne gehört zusammen mit dem Kampf gegen höhere Preise. Viele Bündnisse fordern Preisgesetze, Mieten- und Energie-deckel. Um das durchzusetzen, wird es viel Druck brauchen. Die, die jeden Tag zur Arbeit gehen, haben das mächtigste aller Druckmittel: Den Streik. Er trifft den Kapitalismus da, wo es ihm weh tut: Bei den Profiten. Ein solcher Schulterschluss der Bewegungen – gegen Preissteigerungen und für höhere Löhne – hätte das Potenzial, zu gewinnen.

# VORSICHT FALLE!

Rechtsextreme wollen Frust ausnutzen

Nicht nur Gewerkschaften, Sozialverbände und Linke organisieren Proteste gegen die Preissteigerungen, auch die AfD, „Freie Sachsen“ oder andere rechte und faschistische Kräfte nutzen Unzufriedenheit und Ängste für ihre Zwecke. Sie stützen sich auf die Vernetzung mit „Querdenker\*innen“ und Verschwörungsmysteriker\*innen, die sich bei den verwirrten „Corona-Protesten“ entwickelt hat und versuchen, russischsprachige Menschen zu erreichen, die sich ausgegrenzt fühlen.

Ihre Slogans „gegen hohe Preise“ und „für Frieden“ klingen auf den ersten Blick vernünftig. Doch sie mischen vergiftete Ideen hinein und versuchen die Wut gegen Geflüchtete oder gegen die Rechte von Frauen und queeren Menschen zu richten. Forderungen gegen die Energiekonzerne sind bei ihnen nicht zu finden, auch sagen sie nichts dazu, dass die Reichen die hohen Preise bezahlen sollen. Sie reden von deutschen Interessen, aber sie meinen die Interessen der Kapitalist\*innen und des besitzenden Kleinbürgertums. Sie lehnen höhere Löhne und gewerkschaftliche Aktivität ab. Sie geben sich klassenübergreifend. Das heißt in der Praxis, sie wenden sich gegen die Interessen der arbeitenden Klasse.

Die gewerkschaftlichen und linken Bündnisse, die sich gegründet haben, vertreiben organisierten Faschist\*innen von den Demonstrationen. Allerdings gab es Demonstrationen, bei denen es keine klare Abgrenzung gab. In Halle, Dessau und einigen

Orten Mecklenburg-Vorpommerns organisierten die Kreishandwerkerschaften Aktionen, bei denen auch Rechte mitgehen durften, frei nach dem Motto „Hauptsache viele“. Die Interessen der kleinen und Solo-Selbstständigen sind legitim. Doch die Rechten stärken die sozialen Proteste nicht, sie zerstören sie durch Ablenkung und Spaltung und helfen damit auch nicht den Handwerker\*innen. Diese können nur eine Schlagkraft entfalten, wenn sie sich gegen die Konzerne richten und solidarisch sind mit den Kolleg\*innen, die in den Tarifrunden für höhere Löhne kämpfen. Niemand soll eine Gesinnungsprüfung ablegen. Es ist keine Vorbedingung, links zu sein, um auf die Demos zu gehen. In diesen Zeiten darf man auch mal durcheinander sein. Aber der Konsens für jede vorwärtsweisende Aktion muss Forderungen und Vorschläge enthalten, die inhaltlich eine klare Trennlinie ziehen und somit die organisierten Rechten raushalten.



## BRITANNIEN: „ENOUGH IS ENOUGH“ UND DIE GROSSE STREIKWELLE

Auch im Land der toten Queen ist die Inflation bei über 10%, und während die rechte Premierministerin Liz Truss die Besteuerung von Energiemultis ablehnt, gehen die Gewerkschaften in die Offensive: Zehntausende Beschäftigte bei Post, Eisenbahn und den Häfen legen die Arbeit nieder, und zeigen damit die Macht der arbeitenden Klasse. Tausende kommen zu Versammlungen von „Enough is Enough“, einem gewerkschaftlichen Bündnis gegen Preissteigerungen und für höhere Löhne. Socialist Alternative in England, Wales und Schottland schlägt als nächsten Schritt vor, die Bewegung noch weiter auszubauen – bis hin zu einem Generalstreik.

# PREISEXPLOSION UND SEXISMUS

Drei Fragen & Antworten, von Linda Fischer

## Wieso Sexismus, betrifft die Preisexplosion nicht alle gleich?

Die massiven Teuerungen von Lebensmitteln, Energie und Miete treffen alle Menschen, die nicht zu den Krisenprofiteuren und Reichen gehören, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung usw. Wir können uns nur erfolgreich wehren, wenn wir eine gemeinsame Bewegung aufbauen. Sexismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit sind Hindernisse dafür. Besonders unterdrückte Teile der lohnabhängigen Bevölkerung und Jugend bekommen die Folgen von Preisexplosionen meist noch stärker zu spüren. Beispielsweise sind Alleinerziehende – davon mehr als 82% weiblich – die Gruppe, die am stärksten in Zahlungsunfähigkeit und Armut gestürzt wird.

Der Druck auf Frauen in der Familie steigt. Die Kolleg\*innen in den weiblich dominierten Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereichen, werden durch die sozialen und gesundheitlichen Folgen der Krise noch mehr belastet. Gemeinsam gegen Verarmung zu kämpfen bedeutet auch, dass wir flächendeckende, kostenlose Kitas, preiswerte Mittagstische in der Nachbarschaft, familienfreundliche, gut bezahlte Jobs für alle und endlich eine massive Aufwertung der weiblich dominierten Berufe brauchen.

## Es geht um existenzielle Butter- und Brot-Fragen, wird der Kampf gegen Sexismus nicht in den Hintergrund treten?

Natürlich machen wir uns alle Sorgen darüber, wie wir die Rechnungen bezahlen können und was wir noch zu erwarten haben. Die sozialen und ökonomischen Fragen sind jedoch eng verbunden mit feministischen Fragen. Drohende Wohnungslosigkeit zum Beispiel bedeutet für Frauen und queere Personen ein deutlich höheres

Risiko, Gewalt ausgesetzt zu sein. Der Druck wird steigen, abhängige Zweckbeziehungen mit Männern einzugehen, in gewalttätigen Beziehungen zu bleiben, um nicht wohnungslos zu werden, oder bei Verwandten unterzukommen, die im schlechtesten Fall unangemessene Gegenleistungen erwarten.

Frauenhäuser und Beratungsstellen schlagen seit Jahren Alarm. Bundesweit stehen nur etwa 6800 Frauenhausplätze zur Verfügung, laut der von Deutschland unterzeichneten Istanbul-Konvention müssten es etwa 21.000 sein. Der Europarat hat Anfang Oktober 2022 die mangelnden Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Deutschland stark kritisiert. Sichere Unterkünfte und Beratungsstellen für wohnungslose Frauen, Geflüchtete und queere Personen gibt es in der Fläche kaum. Die Situation wird sich massiv zuspitzen, wenn die Anzahl hilfesuchender Frauen und queerer Personen im Laufe der Krise weiter zunimmt.

Die Frauen im Iran zeigen auf beeindruckende Weise, dass es manchmal einzelne schreckliche Ereignisse sind, die das Fass zum Überlaufen bringen und eine Bewegung gegen Sexismus, Repression, Ausbeutung und Armut lostreten.

## Was können wir tun, um die Kämpfe gegen Verarmung und Sexismus zusammenzubringen?

Ob internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November oder Frauenkampftag am 8. März: Wir mobilisieren für diese Termine in den Bündnissen, in unserem Stadtteil, am Arbeitsplatz, an Schulen und Unis. Wenn die Straßenbeleuchtung in unserer Stadt abgeschaltet werden soll, und Frauen sich im Dunkeln noch unsicherer fühlen müssen, dann organisieren wir Aktionen dagegen. Wenn die Rechten versuchen, den Kampf gegen Verarmung gegen Frauen- und queere Rechte auszuspielen, dann halten wir mit Solidarität dagegen. Die Kämpfe gegen Verarmung, Gewalt und Sexismus gehören zusammen. Ganz praktisch müssen wir überlegen, wie wir eine breite Beteiligung an Protesten möglich machen können, zum Beispiel, indem wir Kinderbetreuung und Dolmetscher\*innen organisieren, wenn wir Mieter\*innentreffen organisiert oder sexistische Sprüche bei Protesten nicht unkommentiert lassen, sondern erklären, warum diese keinen Platz in unserer Bewegung haben.

LINDA FISCHER LEBT IN HAMBURG UND IST AKTIV IN DER SOZIALISTISCH-FEMINISTISCHEN KAMPAGNE ROSA.

# ROSA

international  
socialist feminists

ROSA ist ein internationales Netzwerk, welches in vielen Ländern in den feministischen Bewegungen aktiv ist und ihren sozialistisch-feministischen Flügel nach Kräften mit aufbaut. Aktivist\*innen der Sozialistischen Alternative (SAV) haben 2021 die Initiative für die Gründung von ROSA in Deutschland ergriffen. Sozialistischer Feminismus bedeutet für uns, den Kampf gegen Sexismus mit dem Kampf gegen alle Unterdrückungsformen und für ein Ende der Profitherrschaft, zu verbinden. ROSA steht für den internationalen gemeinsamen Kampf aller Arbeiter\*innen und Jugendlichen für eine Gesellschaft, in der Frauen nicht als Sexobjekte definiert werden; eine Gesellschaft, die Kindererziehung, Bildung, Pflege, Haus- und Erwerbsarbeit gemeinschaftlich und solidarisch regelt; in der nicht der Profit, sondern die Mehrheit demokratisch über die Verwendung der Ressourcen entscheidet; eine demokratische, sozialistische Gesellschaft. Nur so eine Gesellschaft kann uns eine Zukunft ohne Diskriminierung und Gewalt bieten.

Interesse an ROSA? Melde dich einfach. Instagram und facebook: @rosa.germany





# Klima, Krieg, Kapitalismus:

## ES WIRD HEISS

Im Sommer stiegen die Temperaturen auf unaushaltbare 40 Grad, und jetzt frieren wir in zehn Pullovern eingekuschelt, weil die Heizkosten normale Verbraucher\*innen in die Existenznot treiben könnten.



Von Celina

Weiter geht es mit unbezahlbaren Tank- und Lebensmittelpreisen, einer Inflation, die es in sich hat, und weiteren bewaffneten Konflikten im Rest der Welt. Öl- und Rüstungskonzerne füllen sich nebenbei prall die Taschen. Die schlechte Nachricht: Die Probleme werden nicht weniger. Während im Supermarkt Hefe, Öl und Getreide knapp werden, vertrocknen Dürren und Hitze die sowieso schon knappen Ressourcen. Wir erleben, wie Krieg und Klimawandel Hand in Hand die Notlage verschärfen.

Die Ursache ist jedoch kein temporäres Problem, wie ein verrückt gewordener Putin oder ein heißer Sommer, sondern das System, was dahintersteckt: der Kapitalismus. Dasselbe System, das Klimaschutz für Profite hinten anstellt, erhöhte Preise nicht mit höheren Löhnen kompensiert, Konkurrenz und Krieg anstiftet, und die Interessen einer reichen Minderheit über die der Mehrheit stellt.

Der Spielplan im Monopoly des Kapitalismus: möglichst viel Konkurrenz, Gegeneinander, und Überproduktion. Märkte, Handelswege und Ressourcen werden um jeden Preis verteidigt; sobald sich die Widersprüche zuspitzen, wird der militärische Einsatz nicht gescheut. Um mithalten zu können, bauen wir Monokulturen der Überproduktion, leider mit gegenteiligem Effekt: Lebensmittelverluste, Verschwendung, Schäden im Ökosystem, und steigende Preise.

Die gute Nachricht: Es geht auch anders! System Change ist nötig, und zwar schnell: Wer die Produktionsmittel kontrolliert, hat's in der Hand. Stürzen wir also die Herrschenden und ihre Macht! Lasst uns die Welt neu organisieren! Von unten nach oben: demokratisch, gemeinsam, international, sozialistisch.

CELINA IST AKTIV BEI FRIDAYS FOR FUTURE UND LEBT IN NIJMEGEN, NIEDERLANDE.

## KAMPAGNENMATERIAL



Zu unserer Spendenseite (PayPal):

### Lützerath:

## Grüne baggern die 1,5-Grad-Grenze weg

**Was wäre eine Regierungsbeteiligung der Grünen, wenn nicht bei kleinster Aussicht auf Geldregen die grüne Farbe auswäscht und die Klimaziele sich in Luft auflösen?**

Von Monja Rehmke, Bremerhaven

Die Grünen feiern es als Erfolg: Der Kohleausstieg von RWE soll statt 2038 bereits 2030 stattfinden. RWE habe sogar versprochen, mehr Geld in erneuerbare Energien zu investieren. Hinter allem Konfetti bleibt die Frage offen: Was passiert bis dahin? Bis dahin wird das Dorf Lützerath abgerissen, der massive Braunkohletagebau Garzweiler erweitert und dreimal so viel Kohle gefördert, wie es das 1,5-Grad-Ziel maximal verkraften könnte. Das grün

geführte NRW-Wirtschaftsministerium betitelt den Deal als „Meilenstein für den Klimaschutz“.

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus den 280 Millionen Tonnen Braunkohle in Lützerath haben rein gar nichts mit Klimaschutz zu tun und stürzen uns tiefer in den Abgrund von Dürren, Hitzewellen, Waldbränden und den

weiteren unzähligen menschengemachten Klima- und Wetterkatastrophen, die wir heute schon spüren und die sich in den nächsten Jahren nur verschlimmern werden.

Klimaschutz ist unvereinbar mit dem Kohleabbau in Lützerath. Das einzige, was die Grünen feiern können, ist das Wachstum auf den Konten der RWE-Aktionär\*innen und Vorstände und der Anteil, den sie sich davon wohl erhoffen.





# Inflation? Streik!

Die drei größten Gewerkschaften in Deutschland – IG Metall, ver.di und IG BCE – stehen im Herbst und Winter in Tarifeinsetzungen, insgesamt geht es um die Entgelte von rund sieben Millionen Beschäftigten.

Von Marc Treude

Für die rund vier Millionen Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie fordert die IG Metall 8 % mehr Gehalt, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. In zwei Verhandlungsrunden haben die Arbeitgeber bisher zwei Mal Null angeboten. Dreist, denn allein BMW, Mercedes und VW haben im ersten Halbjahr 2022 einen Gewinn von 40 Milliarden Euro eingefahren.

Die IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie) steht in wiederaufgenommenen Verhandlungen für rund 580.000 Beschäftigte. Bisher gab es lediglich eine Einmalzahlung von 1400 Euro im April 2022. Leider geht die Gewerkschaft ohne eine konkrete Forderung in die Verhandlungen.

Zum Ende 2022 verhandelt die Gewerkschaft ver.di mit den öffentlichen Arbeitgebern von Bund und Kommunen für etwa 2,3 Millionen Beschäftigte. ver.di fordert 10,5%, mindestens 500 Euro tabellenwirksam, bei einer Laufzeit von 12 Monaten, sowie 200 Euro für Azubis, Studierende und Praktikant\*innen. In manchen Betrieben wurden zuvor zweistellige Forderungen zwischen 15 und 20 % beschlossen.

### Gemeinsamer Kampf

Die Tarifrunden um höhere Entgelte müssen zusammengeführt werden, um die Kräfte zu bündeln und aus einem rein ökonomischen auch einen politischen Kampf zu machen. Ge-

meinsam mit den Tausenden Menschen, die in vielen Städten gegen die Inflation und vor allem die Explosion der Energiekosten auf die Straße gehen, könnte eine Bewegung entfacht werden, die Regierung und Konzerne in ihre Schranken weist und deren unsoziale Politik stoppt.

Dies sollte in einer bundesweiten Großdemonstration münden, und wenn nötig auch in politischen Streik, der sich nicht auf die aktuellen Tarifbewegungen beschränkt, sondern weite Teile der arbeitenden Bevölkerung einbezieht. Es besteht die Chance besteht, den Kapitalist\*innen zu zeigen, wer die tatsächliche Macht im Land hat – die Menschen, die täglich arbeiten, produzieren und den Laden am Laufen halten.

MARC TREUDE LEBT IN AACHEN UND IST VERTRAUENSMANN DER IG METALL UND BETRIEBSRATSVORSITZENDER BEI E.GO MOBIL.

› Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflationsrate, keine Laufzeit länger als 12 Monate

› Wir brauchen 15 % mehr Lohn

› Tabellenwirksame Erhöhungen statt Einmalzahlungen

› Ran an die Profite der Krisenprofiteure

## Verarmung stoppen: Indexlöhne einführen!

Wenn alles immer teurer wird, sollten auch die Einkommen steigen. Aber nur in ganz wenigen Tarifverträgen in Deutschland gibt es entsprechende Klauseln. In einigen EU-Ländern wurden solche Indexlöhne genannten Regelungen schon vor Jahrzehnten erkämpft und in Tarifverträgen oder gesetzlich verankert.

Von Thies Wilkening

Der Begriff „Indexlohn“ ist vom Verbraucherpreisindex abgeleitet – an diesen Durchschnitt der Preise verschiedener Waren werden die Löhne gekoppelt. Wenn die Preise steigen, gibt es automatische Erhöhungen. Ein Indexlohn würde den Gewerkschaften ermöglichen, für echte Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, statt

immer nur Reallohnverluste abzuwehren.

In Belgien gelten für über 90 % der Beschäftigten Indexlöhne per Tarifvertrag, in Luxemburg sind die automatische Lohnerhöhungen per Gesetz vorgeschrieben. Auch die Sozialleistungen und Renten werden automatisch erhöht. So sind Arbeiter\*innen, Arme und Rentner\*innen vor Kaufkraftverlusten weitgehend

geschützt – auch wenn die Unternehmensverbände und bürgerlichen Parteien immer wieder versuchen, die Indexierung aufzuweichen oder abzuschaffen.

In Belgien sind in den Jahren 1999 bis 2017 die Löhne um 58 % gestiegen, in Deutschland nur um 15%. Anders als bürgerliche Ökonom\*innen behaupten, haben diese Lohnerhöhungen nicht zu weiter steigenden Preisen geführt: Seit Ende der 1980er war die Inflationsrate weder in Belgien noch in Luxemburg höher als in Deutschland.

### Indexlöhne erkämpfen – tariflich und politisch

Vor kurzem hat ver.di bei der Fluggesellschaft Condor per Tarifvertrag eine automatische Inflationsanpassung erreicht. Die Regelung greift, wenn die Inflation im nächsten Jahr weiter über 5 % liegt und führt zu

einer Lohnerhöhung um 2%. Das ist noch kein wirklicher Indexlohn, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Alle Gewerkschaften sollten in den nächsten Tarifrunden die automatische Anpassung fordern, zum Beispiel in der kommenden Tarifeinsetzungen im öffentlichen Dienst.

Um alle Gehälter und auch die Sozialleistungen vor der Inflation schützen zu können, ist eine gesetzliche Regelung notwendig. Dafür gäbe es großen gesellschaftlichen Rückhalt – bei einer Forsa-Umfrage im Mai sprachen sich 70 % der Befragten für einen Indexlohn aus. Deshalb sollten Gewerkschaften, Linke und Protest-Bündnisse diese Forderung aufstellen.

THIES WILKENING LEBT IN REINBEK BEI HAMBURG, ARBEITET IM KOMMUNALEN BEREICH UND IST VER.DI-MITGLIED